



Zürich, 27. Oktober 2009

SP Stadt Zürich kämpft gegen steigende Preise für Mietwohnungen und beschliesst Wahlkampfpaket

Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich lanciert eine Initiative zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum in der Stadt. Neben dem Thema Wohnen setzt die Stadtpartei auf die Themen Familie und Kinderbetreuung, auf einen weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs und auf gute Rahmenbedingungen für KMU. Auch diese Anliegen werden mit Initiativen, Petitionen und weiteren Aktionen aktiv unterstützt.

Lancierung der Initiative „Wohnen für alle“

Die SP Stadt Zürich lanciert die Initiative „Wohnen für alle“. Der Vorschlag des Initiativkomitees wurde von den Delegierten einstimmig gutgeheissen. Wie SP-Gemeinderätin Jacqueline Badran vor den Delegierten ausführte, will die SP damit zahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen. Sie bekennt sich zum Prinzip der Kostenmiete bei gemeinnützigen Wohnbauträgern und setzt ein Zeichen gegen den rein Rendite orientierten Immobilienmarkt.

Die Initiative will das Ziel einer durchmischten Bevölkerung in allen Quartieren, sowie den Erhalt von zahlbarem Wohn- und Gewerberaum für die breite Bevölkerung in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich verankern. Der Anteil an gemeinnützigen Wohnbauträgern, die der Kostenmiete verpflichtet sind, soll dereinst mindestens ein Drittel aller Wohnungen in Zürich betragen. Ausgenommen ist das selbst bewohnte Eigentum. Die Übergangsfrist beträgt rund 30 Jahre. Die Verdrängung des Mittelstandes aus der Stadt muss gestoppt werden. Denn durchmischte Quartiere sind unabdingbare Grundlage für eine funktionierende und lebenswerte Gemeinschaft.

Damit will die SP im Wohnungsmarkt eine Trendwende herbeiführen und richtet sich klar gegen die inakzeptablen Auswüchse eines rein Rendite orientierten Immobilienmarktes. Die massiv steigenden Mieten und Immobilienpreise in Zürich sind Gift für die Wirtschaft, da ein immer grösserer Teil der Haushalteinkommen in den Immobilienmarkt abgeführt wird. Dieses Geld wird dem Binnenkonsum und dem Gewerbe fehlen.

Zur Umsetzung der Initiativ-Ziele hat die SP bereits flankierende Massnahmen ergriffen und Voraussetzungen geschaffen. Das dringlich erklärte Vorstosspaket zur Wohn-Politik wird am



11.11. 2009 im Rat debattiert und überwiesen. In vier Motionen und einem Postulat werden folgende Eckpfeiler gesetzt:

- Herstellen der Markt- und Expansionsfähigkeit der Stiftung zum Erhalt von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum (PWG) durch Abschreibungsbeiträge in Höhe von 70 Millionen. Dies ist der noch nicht aufgebrauchte Restbetrag der genau zu diesem Zweck 1990 von der Stimmbevölkerung in Zürich bewilligten Abschreibungsbeiträge in Höhe von 100 Millionen Franken.
- Stärkung der Wohnbau-Genossenschaften und Sicherung im Bestand bei Ablauf der Baurechte, sowie Sicherung gegen buchhalterische Aufwertung.
- Gründung und Finanzierung einer Anlaufstelle bei der PWG für kaufwillige MieterInnen, die finanziell (Teil- oder Vollfinanzierung) und mit Knowhow unterstützt werden.
- Erste Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbestandes.

Die SP ist überzeugt, dass alle diese Massnahmen nötig, richtig und dringlich sind. Sie wirken der massiven Umverteilung von Wohlstand über den Immobilienmarkt entgegen und schaffen ein Stück Gerechtigkeit für die Menschen dieser Stadt. Denn weniger Geld ausgeben zu müssen für das Wohnen bedeutet gleichzeitig mehr Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

Themenschwerpunkte für den Wahlkampf 2010

Die SP Stadt Zürich wird mit den vier Themenschwerpunkten Wohnen, Familie, Verkehr und Wirtschaft in den Wahlkampf ziehen. Hier gilt es nach bereits Erreichtem weitere Meilensteine zu setzen. Zu den Erfolgsthemen zählt die SP die Kultur- und die Energiepolitik, da sie entsprechende Abstimmungsvorlagen normalerweise mit deutlichen Mehrheiten gewinnt. Die Delegierten hiessen das Wahlkampf-Paket, das ihnen die Parteileitung zur Genehmigung vorlegte, einstimmig gut. Präsentiert und im Detail erläutert wurden die Themen von Stadtpräsidentin Corine Mauch, Stadtrat Martin Waser sowie den beiden Stadtratskandidierenden Claudia Nielsen und André Odermatt.

- Zürich soll eine Wohnstadt für alle bleiben. Die verlangt von der Stadt eine generell Mietzins senkende Strategie, indem Immobilien dem Rendite orientierten



Markt entzogen werden. Damit soll verhindert werden, dass breite Bevölkerungsschichten aus der Stadt verdrängt werden. Nur so bleiben und durchmischte und lebendige Quartiere erhalten.

- Im weiteren fordert die SP ein gut ausgebautes und zeitgemässes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Die SP wird auch in Zukunft für ein ausreichendes Angebot kämpfen. Das vielfältige Angebot sollen auch sozial benachteiligte Familien in Anspruch nehmen können – dies trägt zur Chancengleichheit bei.
- Die SP Stadt Zürich macht sich stark für ein gut ausgebautes Tramnetz über die Stadtgrenzen hinaus. Zusätzliche Tangentiallinien entlasten die Innenstadt und verbessern die direkten Verbindungen zwischen den Quartieren. Ausserdem will die Partei eine Beruhigung des Verkehrs und fördert zu diesem Zweck alternative Fortbewegungsmittel, um die Lebensqualität in der Stadt zu steigern.
- Das rot-grüne Zürich ist in den letzten Jahren ein attraktiver Wirtschaftsstandort geworden. Die KMU sind mit über zwei Drittel der Arbeitsplätze und einem grossen Anteil an Lehrstellen ein wichtiges Rückgrat für die Wirtschaft in der Stadt. KMU sollen administrativ entlastet werden. Um die Abwanderung kleiner Unternehmen zu stoppen, setzt sich die SP für ein grösseres Angebot an Gewerberäumen ein. Ein besonderes Augenmerk gilt der Ansiedlung zukunftsweisender Branchen. Durch diese Massnahmen soll die einseitige Abhängigkeit der Stadt vom Finanzsektor verringert, die wirtschaftliche Basis ausgewogener und krisenresistenter werden.

Lancierung der Petition zur Abschaffung von Hausaufgaben

Die SP Stadt Zürich sammelt mittels einer Petition Unterschriften zur Abschaffung von Hausaufgaben. Laut Linda Bär, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich und der Jusos, verlangt die Petition von den zuständigen städtischen Behörden, dass die Hausaufgaben in der heutigen Form abgeschafft werden. Die Schulen führen stattdessen Aufgabenstunden ein, wo Schülerinnen und Schüler in Anwesenheit einer Lehrperson das selbständige Arbeiten erlernen. Die SP will mit der Petition einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Kinder, deren Eltern sie nicht bei den Hausaufgaben unterstützen können, sollen nicht benachteiligt werden. Mit Aufgabenstunden werden alle



Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, gleich stark gefördert. Die SP ist überzeugt, dass Chancengerechtigkeit in einer Demokratie ein staatspolitisches Gebot ist.

Für und wider die Petition wurden von den Anwesenden mehrere Wortmeldungen ergriffen. Die Delegierten unterstützten den Vorschlag der Parteileitung mit einer deutlichen Mehrheit.

Bedingte Zusammenarbeit mit den Grünen

Die SP Stadt Zürich unterstützt die Stadtratskandidatin und den Stadtratskandidaten der Grünen Stadt Zürich. Wie Beatrice Reimann, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich, ausführte, will die SP nicht einfach Steigbügelhalterin für eine andere Partei sein. Eine gegenseitige Unterstützung muss basieren auf einer langjährigen guten Zusammenarbeit. Die rot-grüne Zusammenarbeit hat auf personeller und strategischer Ebene gut funktioniert, inhaltlich beansprucht die SP bei den sozialen und bei vielen ökologischen Themen die Themenführerschaft für sich.

Die GL der SP Stadt Zürich einigte sich mit den Grünen Stadt Zürich auf eine so genannte bedingte Zusammenarbeit. Auf den Plakaten unserer SP-KandidatInnen werden daher die Namen Ruth Genner und Daniel Leupi aufgeführt sein. Umgekehrt werden die Namen unserer KandidatInnen auf den Plakaten der Grünen aufgeführt. Die gegenseitige Unterstützung ist allerdings nicht als Sechserticket zu werten.

Die Delegierten unterstützen die bedingte Zusammenarbeit einstimmig.

Unterstützung der KMU-Entlastungsinitiative und der KMU-Förderungsinitiative

Mirjam Schlup Villaverde, Geschäftsleitungsmitglied der SP Stadt Zürich, begründet vor den Delegierten den Entscheid der GL, die KMU-Entlastungsinitiative sowie die KMU-Förderungsinitiative zu unterstützen. Die SP will die wirtschaftliche Basis der Stadt Zürich diversifizieren und die einseitige Abhängigkeit vom Finanzsektor verringern. Beide Initiativen haben eine Stärkung der KMU zum Ziel, ein Anliegen also, das die SP vollumfänglich unterstützt.

Die Delegierten hiessen den Vorschlag der Parteileitung mit grosser Mehrheit gut.



Weitere Auskünfte erteilen:

- Beatrice Reimann, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich
078 604 34 00
- Andrea Sprecher, Co-Präsidentin der SP Stadt Zürich
076 420 84 55

Auskünfte zur Wohnbauinitiative erteilt:

- Jacqueline Badran, SP-Gemeinderätin
076 324 68 67